



**LANDESVORSTAND**

# GdP übersendet Forderungskatalog

**N**ach den Auseinandersetzungen um die Übernahme des Tarifiergebnisses hat die GdP jetzt den Vorsitzenden der Regierungsfractionen und der Senatorin für Finanzen einen Forderungskatalog übersandt. Die GdP reagierte damit u. a. auf die Äußerungen der Beteiligten, sich im Vorfeld von Besoldungsanpassungen sehr viel stärker mit den Gewerkschaften auseinanderzusetzen.

Ferner gab es öffentlich aber auch in bilateralen Gesprächen den Wunsch, neben der Übernahme des Tarifiergebnisses auch andere Themenfelder anzugehen. Wir haben das als Gesprächsangebot begriffen und folgenden Forderungskatalog erstellt, den wir in Form eines Briefes an die oben genannten Adressaten übersandten:



### **Sehr geehrte/ sehr geehrter ...**

nach den Auseinandersetzungen um die Übernahme des Tarifiergebnisses ist es nach unserer Auffassung an der Zeit, nach vorne zu blicken. Den vielen Äußerungen, seien sie öffentlich gefallen oder in bilateralen Gesprächen, konnten wir entnehmen, dass die politisch Verantwortlichen mit den Gewerkschaften sehr viel stärker ins Gespräch kommen möchten. Darüber hinaus wurde nach Möglichkeiten gesucht, abseits der Besoldungserhöhung andere Themenfelder zu diskutieren. Stichworte waren Zulagen, die Diskrepanz zwischen Bewertung und Bezahlung von Stellen usw.

Wir möchten diese Anregungen aufgreifen und zu folgenden Forderungen mit Ihnen ins Gespräch kommen:

### **„Verhandeln statt Verordnen“**

Wir greifen das durch Dr. Matthias Güldner im Parlament geäußerte Angebot auf, mit den Interessenvertretungen sehr viel stärker und weit im Vorfeld von Entscheidungen ins Gespräch kommen zu wollen. Dazu fordern wir eine strukturierte Vorgehensweise, die wir bereits in einem eigenen Gesetzesentwurf beschrieben haben. Diesen werden wir erneut vorlegen.

### **Bewertung und Bezahlung**

70% unserer Kolleginnen und Kollegen im Vollzugsbereich werden nicht nach dem Wert ihrer Stellen bezahlt. Zum Teil sind Stellen sogar in „doppelter“ bzw. „dreifacher Unterdeckung“ besetzt. Das heißt beispielsweise, dass eine Kollegin mit A 10 eine Tätigkeit ausübt, die nach A 12 oder A 13 bewertet ist. Wir fordern, dass diese Kollegen nach dem Wert ihrer Stellen bezahlt werden.

### **Zulagen**

Wechselschichtzulagen und Dienst zu ungünstigen Zeiten sind seit Jahren nicht angepasst worden. In diesen Bereichen fordern wir eine Anpassung analog zu den Verhältnissen im TVöD bzw. eine Erhöhung der Zulage Dienst zu ungünstigen Zeiten.

### **Überstunden**

Seit Jahren schieben die Polizeibeamtinnen und -beamten des Landes Bremen einen riesigen Überstundenberg vor sich her. Die Lösung des Problems wurde schon oft angekündigt, doch nie in Gänze herbeigeführt. Wir fordern den nachhaltigen Abbau von Überstunden.

### **Unterschiedliche Beförderungstermine**

Während es in Bremen einen festen Beförderungstermin gibt, ist es in Bre-



**Horst Göbel**

merhaven möglich, sehr viel flexibler die Kolleginnen und Kollegen zu befördern. Niemand kann den Beschäftigten erklären, weshalb es in einem Bundesland unterschiedliche Systeme hinsichtlich des Beförderungszeitpunkts gibt. Wir fordern daher, die Beförderungen im Land Bremen dem des Bremerhavener Systems anzupassen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie zeitnah mit uns einen Termin vereinbaren, um über die von mir dargestellten Themenfelder zu sprechen. Für unsere Mitglieder ist es von hohem Interesse, dass wir zügig ins Gespräch kommen.

Mit freundlichen Grüßen  
Horst Göbel  
Landesvorsitzender

Zum Zeitpunkt des Berichts (8. Juli) lag bereits eine erste Reaktion durch die SPD-Fraktion vor, mit dem Vorschlag, nach der Sommerpause in die Gespräche zu gehen.

**Der Landesvorstand**



# Nachbetrachtung – Blind und taub?

In Rheinland-Pfalz nannte ein Politiker Kolleginnen und Kollegen „Heulsusen“ weil sie dagegen protestierten, bis 2016 von der Gehalts- und Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt zu werden.

In Baden-Württemberg werden dreistellige Millionenbeträge für ein Naturschutzprojekt ausgegeben und der Ministerpräsident sagt dazu: „Das leisten wir uns.“ Was er sich nicht leisten will, ist die zeit- und inhalts- gleiche Übernahme des Tarifergebnisses. Da ist plötzlich das Geld knapp.

In Nordrhein-Westfalen verspricht eine Ministerpräsidentin, dieses Mal nicht bei den Beamten einsparen zu wollen. Nach der Tarifrunde ist alles vergessen und man legt ein Besoldungsgesetz vor, das dem öffentlichen Arbeitgeber in Bremen als Blaupause für weitere Gehaltseinschnitte dient.

In Bremen findet man es „unerträglich“, dass Beamte für ihre Rechte auf die Straße gehen. Dass die Beschäftigten monatelang demonstrieren, Richter und Staatsanwälte in Roben eine Kreuzung besetzen und gemeinsam mit Polizisten auf die Straße gehen.

Was ist los in dieser Republik? Jahrelang hat man im öffentlichen Dienst gestrichen, gekürzt und Verschlechterungen herbeigeführt. Hat nach Herzenslust Personal abgebaut. Gleichzeitig schraubt der Arbeitgeber die Anforderungen gnadenlos nach oben. Und wenn etwas schiefgeht, dann will man es nicht gewesen sein und schiebt es den Arbeitnehmern in die Schuhe.

Jetzt streiken Lehrer, demonstrieren Richter, leisten Polizisten keine freiwilligen Dienste mehr, und die verantwortlichen Politiker stehen fassungslos vor den Konsequenzen ihrer Entscheidungen. Quer durch Deutschland hat sich ein Politikestablishment herangebildet, das, die Schuldenbremse vor Augen, alles zur Disposition stellt, was den öffentlichen Dienst ausmacht.

Sie stellen aber auch all das in Frage, was eine Kommunikation zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestimmen sollte: Gespräche auf Augenhöhe, das Einhalten von Verabredungen und der respektvolle Umgang mit seinen Beschäftigten.

Dennoch gibt es Politikerinnen und Politiker quer durch die politische Farbskala, die unsere Anliegen ernst nehmen und sich mit ihnen auseinandersetzen. Auf die setze ich meine Hoffnung.

Es gibt aber auch solche, die sich blind und taub stellen. Für sie und uns möchte ich hoffen, dass es kein böses Erwachen gibt.

**Horst Göbel**

## TERMIN

**Redaktionsschluss für die September-Ausgabe 2013, Landesjournal Bremen, ist der 12. August 2013.**

Artikel bitte mailen an:  
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

**Geschäftsstelle:**  
Bgm.-Smidt-Straße 78  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 9 49 58 50  
Telefax (04 21) 9 49 58 59  
Behörde: 1 09 48  
Internet: [www.gdp-bremen.de](http://www.gdp-bremen.de)  
E-Mail: [info@gdp-hb.de](mailto:info@gdp-hb.de)

**Redaktion:**  
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleucker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35  
vom 1. Januar 2013  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X





## Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European  
Confederation of Police (EUROCCOP)

Landesbezirk Bremen

### Sehr geehrtes Mitglied,

die Entwicklung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (Single Euro Payment Area, SEPA) bietet für Verbraucher und Unternehmen erweiterte Möglichkeiten. Wir werden daher ab 01.11.2013 die SEPA-Lastschrift zum Einzug unserer Forderungen nutzen. Hierzu ist es aus rechtlichen Gründen erforderlich, die von Ihnen erteilte Einzugsermächtigung in das SEPA-Lastschriftmandat zu ändern.

Dieses Mandat hat folgenden Wortlaut:

**„SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige hiermit die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Bremen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der GdP auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.“**

**Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Fälligkeitsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.“**

Wir werden diese Umdeutungsregelung für die bestehende Einzugsermächtigung nutzen und diese in ein SEPA-Mandat umwandeln.

Die Mitteilung Ihrer persönlichen Mandatsreferenznummer und der Gläubiger-ID erfolgt über den Kontoauszug des letzten herkömmlichen Lastschriftenauszugs.

Unsere Bankfälligkeitstermine zum GdP Beitragseinzug und die gültigen Beitragstabellen können Sie dem Länderjournal bzw. unter [www.gdp.de](http://www.gdp.de) im Internet entnehmen.

Bgm.-Smidt-Str. 78 28195 Bremen  
Telefon: 04 21 / 94 95 85-0 Behörde: 1 09 48 Telefax: 04 21 / 94 95 85-9 E-Mail: [info@gdp-hb.de](mailto:info@gdp-hb.de)  
Konten: Sparkasse in Bremen (BLZ 290 501 01) Konto-Nr. 113 5805 Konto-Nr. für Beiträge 111 7209



# Seminar der Fachgruppe Schutzpolizei unter neuer Leitung

Ich möchte mich auf diesem Wege nochmals ganz herzlich bei den Teilnehmern des diesjährigen Seminars in Tossens bedanken. Ihr habt alle toll mitgemacht, für mich war es

sehr angenehm, das Seminar erstmalig als Teamer zu leiten.

Nachdem unser bisheriger Teamer **Holger Witt** viel zu früh verstorben ist, habe ich versucht, ein für euch in-

teressantes und informatives Seminarprogramm zusammenzustellen. Hierbei hat mich Holger bis kurz vor seinem Tod tatkräftig unterstützt. Dafür bin ich ihm sehr dankbar. Weiter möchte ich **Jochen Kopelke** für seine tolle Unterstützung Danke sagen.

## GdP-SERVICE-GMBH



### Donau-Weihnachtsmärkte

5-tägige Flusskreuzfahrt mit A-ROSA MIA vom 11. bis 15. Dezember 2013

Der Duft von würzigem Glühwein und frischem Lebkuchen liegt in der Luft, sanfte Schneeflocken rieseln auf die weihnachtlich geschmückten Buden herab. Lassen Sie sich von uns zu den schönsten Weihnachtsmärkten Europas entführen, auf der Suche nach dem wahren Winterzauber. Erleben Sie nach Sonnenuntergang den besonderen Glanz des historischen Christkindlmarkts in Wien oder die liebevoll gestaltete Märchenwelt des Linzer Nikolausmarktes. Wenn dann noch die weiß gepuderten Berge im Hintergrund vorbeiziehen, dann haben Sie ihn gefunden: Ihren Winterzauber. Wir fahren mit der DB von Kiel nach Passau, besteigen die A-ROSA MIA und erleben den vorweihnachtlichen Zauber auf eine ganz besondere Art.



#### Reiseverlauf:

**Mittwoch, 11. Dezember:** Abfahrt vom Heimatbahnhof mit der DB nach Passau. Einschiffung auf der A-ROSA MIA. **Donnerstag, 12. Dezember:** Passage durch die Wachau in Österreich. Am frühen Nachmittag Ankunft in Wien. Übernachtung an Bord. **Freitag, 13. Dezember:** Den ganzen Tag für Wien Zeit haben. Ablegen 21.00 Uhr. **Samstag, 14. Dezember:** Weiterfahrt nach Linz, Ankunft am Nachmittag, Zeit für Stadtbummel und Spaziergang über den Weihnachtsmarkt. Ablegen 23.00 Uhr. **Sonntag, 15. Dezember:** Ankunft in Passau. Rückfahrt mit der Bahn zum Heimatbahnhof.

**Im Preis von ab 468,- €\* sind folgende Leistungen enthalten:** \* mit BahnCard, ohne + 26 € (Einzelkabinenzuschlag bis zu 205 € je nach Kategorie; Frühbucherpreis - gilt bis zum 31. August 2013 - danach + 60 €)

- DB An- und Abreise ab/bis Heimatbahnhof in der 2. Wagenklasse
- Transfer Bahnhof – Schiff – Bahnhof
- A-ROSA MIA Vollpension plus
- Flusskreuzfahrt auf der A-ROSA MIA in der gebuchten Kabinenkategorie
- Tischgetränke zu den Hauptmahlzeiten und Mineralwasser in den Kabinen
- Stadtrundgang Linz (halbtags)
- Hafengebühren
- 30 % Ermäßigung auf SPA-Anwendungen
- PSW-Reiseleitung

A-ROSA-MIA-Vollpension plus bedeutet: Einschiffungssnack, ausgewogenes und leckeres Frühstücksbüfett, umfangreiches Mittagsbüfett, Tee- und Kaffeestunde sowie ein hervorragendes Dinnerbüfett am Abend. Zum Schiff: Die A-ROSA MIA wurde 2003 gebaut und in Dienst gestellt. Sie hat 100 Kabinen und nimmt maximal 242 Passagiere auf und fährt unter deutscher Flagge. Alle Kabinen sind Außenkabinen und haben z.T. einen französischen Balkon. Weitere Kabinenkategorien vorhanden. Es gelten die Bedingungen des Veranstalters: A-ROSA-Flussschiff GmbH, Rostock. . Tarif: A-ROSA SELECT Mindestteilnehmer: 16 Personen. Irrtum und Zwischenverkauf vorbehalten.

#### Weitere Informationen und Buchung in unseren Reisebüros:

##### PSW-Reisen

- Das Reisebüro der GdP -

Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel  
Telefon 0431-17093 / Telefax 0431-17092  
eMail: [psw-reisen.kiel@t-online.de](mailto:psw-reisen.kiel@t-online.de)

Hans-Böckler-Str. 2, 23560 Lübeck  
Telefon 0451-5021736 / Telefax 0451-5021758  
eMail: [psw-reisen.luebeck@t-online.de](mailto:psw-reisen.luebeck@t-online.de)

[www.psw-tours.de](http://www.psw-tours.de)



Es hat mich sehr gefreut, dass die Teilnehmer in diesem Jahr aus fast allen Bereichen der Schutzpolizei kamen. So konnten wir viele Themen, die nicht nur den ESD betreffen, ansprechen und darüber diskutieren. Ich hoffe, dass ihr im nächsten Jahr wieder dabei seid. Hoffentlich gelingt es uns auch wieder, Kolleginnen für unser Seminar zu gewinnen. Die Themen, die für Kolleginnen wichtig sind, gehen, bei ausschließlich männlichen Teilnehmern etwas unter.

Ein ausführlicher Bericht über die Inhalte des Seminars erscheint in der nächsten Ausgabe.

Zum Abschluss ist es mir noch wichtig mitzuteilen, dass das Seminar nicht nur für Vertrauensleute gedacht ist, sondern für alle Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei, die ihren Dienst in der Schutzpolizei versehen und sich bei unserer gewerkschaftlichen Arbeit aktiv einbringen wollen. Denn nur gemeinsam sind wir stark und können damit viel erreichen.

Nils Winter



FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI



V. l. n. r.: Peter Rak, Jens Reimer, Jörg Kleischmann, Torsten Diekmann, Jochen Kopelke, Bernd Bartha, Kai Rohmeder, Michael Birkhan, Rainer Dreier, Carsten Hartmann, Rainer Schwiebert, Holger Eichhorn, Ralf Werner. Hockend: Nils Winter. Auf dem Bild fehlt Daniel Dionisio.

FACHGRUPPE SENIOREN

Termin Mitgliederversammlung  
Bremen/Bremerhaven

**D**ie Fachgruppe Senioren führt am Donnerstag, **31. Oktober 2013, 10.00 Uhr**, im Hotel Balladins, August-Bebel-Allee 4, 28239 Bremen, eine gemeinsame Mitgliederversammlung (Bremen/Bremerhaven) durch.

- Die Tagesordnung sieht u. a. vor:
- Rechenschaftsbericht mit Aussprache des Vorstandes,
  - Neuwahl des Fachgruppenvorstandes,
  - Wahl der Delegierten für den Landesdelegiertentag in Bremen,
  - Wahl der Delegierten für die Bundesseniorenkonferenz (März 2014),
  - Wahl eines Vertreters für den Landeskontrollausschuss,
  - Beratung von Anträgen.

Der Bundesseniorenvorsitzende und Landesbezirksvorsitzende haben ihre Teilnahme bereits zugesagt.

Anträge von den Mitgliedern der FG Senioren bitte bis zum 20. September 2013 an den Vorstand der FG Senioren (E-Mail: [seniorengruppe@gdp-hb.de](mailto:seniorengruppe@gdp-hb.de)) oder an die GdP-Geschäftsstelle ([bremen@gdp.de](mailto:bremen@gdp.de)).

Weitere Informationen bei den Treffen im September in Bremen/Bremerhaven und in der GdP-Zeitung.

Bitte diesen Termin schon jetzt notieren! – Wir bitten um zahlreiche Teilnahme der Mitglieder der FG Senioren aus Bremerhaven und Bremen.

**Der FG-Vorstand**

Termine  
Monatstreffen

**Sommerpause:** In den Monaten Juli 2013 und August 2013 finden in Bremen und Bremerhaven keine Treffen statt.

Die nächsten Treffen:

**Bremerhaven**

Dienstag, 10. September 2013, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

**Bremen**

Donnerstag, 12. September 2013, 15.30 Uhr, Grollander Krug

**Wolfgang Karzenburg**



GESUNDHEIT ERHALTEN – FREIE HEILFÜRSORGE



## Heilfürsorgeberechtigte können mit SIGNAL IDUNA Steuern sparen.

Ärgerlich. Sie erhalten Ihren Einkommensteuerbescheid und das Finanzamt verlangt eine Steuernachzahlung von Ihnen. Ist Ihnen das auch schon passiert? Wenn ja, liegt das an einer Besonderheit im Steuerrecht, die insbesondere Heilfürsorgeberechtigte (z. B. Polizeibeamte) treffen kann.

Im Rahmen des Lohnsteuerabzugsverfahrens berücksichtigt Ihr Dienstherr automatisch die sogenannte Vorsorgepauschale. Diese Pauschale ist in den Lohnsteuertabellen eingerechnet. Sie wird berücksichtigt, um Ihr monatliches Nettorentgelt zu ermitteln.

Doch gerade bei Heilfürsorgeberechtigten ist die Vorsorgepauschale häufig höher als die tatsächlichen Vorsorgeaufwendungen. Dadurch hat Ihr Dienstherr Monat für Monat zu wenig Steuern an das Finanzamt abgeführt. Folge: Sie müssen unter Umständen Einkommensteuern nachzahlen.

### Für das Alter vorsorgen und gleichzeitig Ihre Steuernachzahlungen reduzieren!

Als Heilfürsorgeberechtigter empfehlen wir Ihnen dringend, eine Anwartschaftsversicherung abzuschließen. Im Ruhestand sind Sie beihilfeberechtigt und benötigen dann eine private Beihilfe Krankenversicherung, die die verbleibenden Restkosten absichert. Mit einer Anwartschaftsversicherung sichern Sie sich im Ruhestand den Zugang in die PKV ohne

erneute Gesundheitsprüfung. Ein weiterer Vorteil: Die Kosten für eine Anwartschaftsversicherung gelten als Vorsorgeaufwendungen und mindern somit Ihre Steuerlast.

### Hierzu ein Beispiel:

Polizeibeamter in Bremen, 30 Jahre alt und ledig, Einkommen: A9 Stufe 5, monatlich 2.663,75 € brutto, Grenzsteuersatz: ca. 32 % (zuzüglich Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag), Vorsorgepauschale: 1.900 € (im Jahr), angenommen, die tatsächlichen Vorsorgeaufwendungen durch Haftpflicht-, Unfall-, Risikoversicherungen etc. betragen 1.000 € (im Jahr)

Steuernachzahlung:  $900 \times 32\% = 288 \text{ €}$

- große Anwartschaftsversicherung: 45,16 € monatlich
- Dienstunfähigkeitsabsicherung: 45,91 € monatlich
- 91,07 € monatlich (1.092,84 € im Jahr)
- = keine Steuernachzahlung

### Tipp:

Entscheiden Sie sich für eine große Anwartschaftsversicherung. Damit sichern Sie sich deutlich geringere Krankenversicherungsbeiträge im Alter und gleichzeitig einen höheren Steuervorteil.

Eine Broschüre mit Informationen zum Bürgerentlastungsgesetz finden Sie im Internet unter [www.signal-iduna.de/beg](http://www.signal-iduna.de/beg). Bei Fragen zum Steuerrecht wenden Sie sich bitte an Ihr Finanzamt oder an Ihren Steuerberater.

Nutzen Sie den Vorteil des Bürgerentlastungsgesetzes voll aus und sichern Sie sich geringere Krankenversicherungsbeiträge im Ruhestand und einen ergänzenden Krankenversicherungsschutz bereits während Ihrer aktiven Dienstzeit. **Lassen Sie sich beraten!**

Ganz in Ihrer Nähe

SIGNAL IDUNA Gruppe  
Agentur Arne-Matthias Schneider  
Fachberater Öffentlicher Dienst  
Steffensweg 129, 28217 Bremen  
Telefon (0421) 39 14 24, Mobil (0173) 2 07 49 46  
[arne-matthias.schneider@signal-iduna.net](mailto:arne-matthias.schneider@signal-iduna.net)



1744601 Mai'13

**SIGNAL IDUNA**  
gut zu wissen



## JUNGE GRUPPE

# Kühler Kopf nach anstrengender Klausur

**JUNGE GRUPPE überrascht den Studienjahrgang 2010 nach letzter Klausur**

**O**b der Sommer kommt, bereits da ist oder ausbleibt, spielte heute keine Rolle. Bei 23 Grad verteilte die JUNGE GRUPPE (GdP) zum Abkühlen des rauchenden Kopfes Eis an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung.

Nach wochenlangem Lernen und Vorbereiten auf die wichtigsten Klausuren fiel die Erleichterung nach Abgabe der letzten Klausur sofort auf. Der theoretische Teil der Ausbildung ist so gut wie beendet, was die Stu-

dentinnen und Studenten jetzt erwartet, ist das Praktikum 4 in der Direktion Bereitschaftspolizei. Vorher darf aber gerne der überstandene Stress der letzten Wochen gefeiert werden, sodass am Ende des Jahres auch das Ende der Ausbildung in greifbare Nähe rückt.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) wünscht dem Jahrgang 2010 viel Erfolg und Spaß im Praktikum bei der Bereitschaftspolizei und den jeweiligen Einsatzzügen!

Auf diesem Wege wünschen wir ebenfalls dem Jahrgang 2011 viel Erfolg und Spaß im Praktikum an den Einsatzdienststandorten der Schutzpolizei Bremen und Bremerhaven.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) begleitet euch auch in diesen Phasen der Ausbildung. Wie ihr wisst, stehen wir euch mit Rat und Tat und auch mal mit 'nem Eis zur Seite.

**Jochen Kopelke,**  
Landesjugendvorsitzender

## LESERBRIEF

### Zu: Maßlos und illoyal? DP, LT Bremen 7/2013

Beim Artikel „Maßlos und illoyal?“ in der DP-Ausgabe 7/2013, Landesjournal ist mir die Galle wegen der Äußerungen unserer politischen Mandatsträger hochgekommen. Was sind das für Abgeordnete und was sind das für flache und unqualifizierte Äußerungen, die dort zitiert wurden. Wenn das unsere frei gewählten Parlamentarier in einer vorbildlichen Demokratie in unserer Bundesrepublik Deutschland sein sollen, ist das wahrlich kein Aushängeschild für afrikanische Staaten, die momentan demokratische Systeme nach westlichem Vorbild mit Blut erkämpfen.

Unkenntnis, Unwissenheit, Flapsigkeit, Dummheit und Arroganz sind nur einige Attribute, mit denen ich die Abgeordneten bezeichne, die Äußerungen von sich gegeben haben wie „den Menschen in Afrika geht es schlechter als den Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst“, oder „man muss ja nicht in Bremen arbeiten, wenn es einem hier nicht gefiele“, auch die Titulierung als „Kindergarten“ trägt nicht dazu bei, das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in unsere Politiker zu stärken.

Die Fakten sind eigentlich ganz klar und eindeutig. Wir/Ich sind damals, 1967, mit Versprechungen schriftlicher Art in das Beamtenverhältnis gelockt worden, mit anfangs erheblichen finanziellen Einbußen gegenüber der freien Wirtschaft.

Trotzdem, oftmals auch wankend, haben wir die Tortur der Ausbildung über uns ergehen lassen und haben gehofft, nein erwartet, dass die Versprechungen der damaligen staatlichen Organe auch eingehalten werden, wem soll man sonst noch vertrauen, wenn nicht den führenden Politikern eines Staates bzw. dem damals reichen Bundesland Bremen?

Dann geschah etwas, dass der Einkommensteuer-Verteilungsschlüssel im Bundesrat neu geregelt wurde. Auch der damalige bremische Bürgermeister, namentlich noch allen bekannt, der seinen gut dotierten Ruhestand mit Zigarren und Wein genießt, stimmte dem ebenfalls zu, dass die Einkommensteuer nicht mehr arbeitsstellegebunden ist, sondern dort abgeführt wird, wo sich der Wohnsitz des Arbeitnehmers befindet. Dadurch entging und entgeht immer noch ein erheblicher Teil der Einkommensteuer dem bremischen Haushalt, weil viele Arbeitnehmer im Speckgürtel von Bremen wohnen. Jetzt brachen auf breiter Front die Steuereinnahmen für Bremen ein. Bremen avancierte vom Geberland zum Nehmerland. Was ist jetzt zu tun, fragten sich die Mandatsträger. Ach ja, ganz einfach, wir lassen die Beamten bluten, weil die sich ja, im Gegensatz zu den Tarifbeschäftigten, nicht wehren können. Und so ging die Geschichte weiter bis zum heutigen Tag. Wir, die Beamten und Versorgungsempfänger in bremischen Diensten, müssen für die Verfehlungen der politisch Verantwortlichen büßen, die aber, die uns

reingeritten haben, klopfen sich auf die Schenkel und freuen sich bei ihren gemeinsamen Altentreffen über ihre satten Versorgungsbezüge und lassen sich bei Referaten über ihre „glanzvolle“ Regierungstätigkeit und Ratschlägen das auch noch fürstlich honorieren.

Was sagt uns das? Es gibt natürlich keine Alternative zu unserer Demokratie und das ist auch gut so, aber, diejenigen, die sich Aufstellen um politische Verantwortung zu übernehmen, sollten das nicht nur aus Eigennutz machen, sondern sich intensiv mit den vorhandenen Problemen auseinandersetzen und nicht medienwirksam dumme und unwissende Äußerungen von sich geben. Ihre Glaubwürdigkeit ist bei uns momentan auf einem Tiefpunkt angelangt, aber es schert sie anscheinend überhaupt nicht, wohl wissend, dass wir nur begrenzte Möglichkeiten haben, Druck auszuüben. Wir haben einen schmerzhaften Lernprozess durchgemacht, vertraue keiner Aussage eines Politikers, denn der oder die interessiert nur, bei den nächsten Wahlen über die 5%-Hürde zu kommen und besser noch, in die hoch dotierte Regierungsverantwortung aufzusteigen. Dann wird alles vergessen, was vorher versprochen wurde und letztlich, wenn es haushaltsmäßig ganz schlecht läuft, wird die Beamtenschaft wählerwirksam diffamiert und finanziell ausgeblutet. So wie jetzt.

Ein frustrierter Versorgungsempfänger

**Wolfgang Stanger**



# „Water-Bulls“ paddeln sich zum Sieg

**D**ie Mannschaft der WSP Bremerhaven, die „Water-Bulls“, paddelt sich beim 1. Auslegerkanu-Sprint vor dem Schaufenster Fischereihafen in Bremerhaven zum Sieg.

Am 8. Juni 2013 fand vor dem Schaufenster Fischereihafen in Bremerhaven im Rahmen des SWB-Drachenbootcups der bundesweit 1. Auslegerkanu-Sprint (outrigger canoe) statt. Bei den Auslegerkanus handelt es sich um einen Bootstyp, mit dem die Polynesier vor über 2000 Jahren Neuseeland entdeckten.

Die WSP Bremerhaven trat mit einer Mannschaft, bestehend aus dem „Teamcaptain“ Thomas Frese, Harald Krengel, Marco Schneider, Dierk Stahl und Stefan Weisigk an. Jede Mannschaft hatte drei Rennen, jeweils gegen ein anderes Team, zu absolvieren. Die Rennstrecke belief sich auf eine Distanz von 250 Metern. Hört sich erst einmal nicht viel an, hat es aber bei einem Sprint (Vollgas) in einem solchen Boot in sich. Diese Erfahrung konnten wir spätestens nach dem ersten Rennen am eigenen Leib erfahren.



Die „Water-Bulls“ auf ihrer Siegesfahrt

Im Anschluss an die Rennen aller Mannschaften wurden die jeweils erzielten Rennzeiten addiert. Sieger des Wettkampfes wurde das Team mit der besten Gesamtzeit aus allen drei Rennen.

Nachdem wir die Boote am Renntag zum ersten Mal in Augenschein nehmen konnten, ging es nach einer kurzen Einweisung durch einen Steuermann des Veranstalters, „Kanu-Verein Unterweser e. V.“, auch schon ins erste Rennen.

Am Ende des Renntages konnten die in GdP-Shirts gestarteten „Water-Bulls“ drei Einzelsiege, das schnellste Einzelrennen und damit den Gesamtsieg auf ihrem „Rennkonto“ verbuchen.

Bei der anschließenden Siegerehrung erhielten wir eine Urkunde sowie einen Ehrenpreis. Unser Teamcaptain, Thomas Frese, bedankte sich im Namen aller Teilnehmer beim Veranstalter für die Organisation und den reibungslosen Ablauf des Wettkampfes. Er kündigte die Teilnahme der „WSP“ beim Drachenbootcup im nächsten Jahr an.

Also denkt schon einmal darüber nach, ob eine Teilnahme für euch im nächsten Jahr in Frage kommt. Es lohnt sich und macht Laune.

Wir werden euch zeitgerecht darüber informieren.



Die Siegermannschaft (v. l. n. r.): Marco Schneider, Stefan Weisigk, Thomas Frese, Dierk Stahl und Harald Krengel

**Dierk Stahl,**  
Fachgruppenvorsitzender

